



10-Punkte-Programm von Frau in der Wirtschaft für Frauen in der Wirtschaft:

1. **Absetzbarkeit von Betreuungskosten ausweiten**

Kosten für die Kinderbetreuung können von den Eltern in Höhe von maximal 2.300 Euro pro Kalenderjahr und Kind abgesetzt werden. Dies gilt grundsätzlich bis zum Pflichtschulalter des Kindes. Dieser Betrag soll erhöht und die Altersgrenze bis zum Ende des Pflichtschulalters erweitert werden. Weiters sollen auch Haushaltshilfen steuerrechtlich berücksichtigt werden.

2. **Ausbau des Kinderbetreuungsangebots**

Die Betreuungsquote der unter 3jährigen Kinder muss zeitnah auf 33 Prozent gemäß Barcelona-Zielen gesteigert werden. Neben dem quantitativen Ausbau der Kinderbetreuungsplätze muss auch der qualitative Ansatz berücksichtigt werden (Details: 8-Punkte Forderungsprogramm zur Kinderbetreuung:

https://www.wko.at/Content.Node/FIW/Interessenvertretung/Forderungen_zur_Kinderbetreuung_.html)

3. **Vereinheitlichung der schulautonomen Tage**

Es erfolgt eine Vereinheitlichung der bisherigen „schulautonomen Tage“ im gesamten Bundesgebiet.

4. **Kinderbetreuungsangebote an Pflichtschulen auch während der Ferienzeiten**

In den Sommerferien soll zur Entlastung der Eltern und Unterstützung der Schüler an Pflichtschulen eine adäquate Ferienbetreuung angeboten werden. Diese sollte so organisiert sein, dass schulische Förderungsangebote und außerschulische Betreuungsangebote vor Ort ideal aufeinander abgestimmt und entsprechende Institutionen, Vereine etc. eingebunden sind.

5. **Flexible Arbeitszeit**

Um im Einzelfall eine höhere Flexibilität zu erzielen, soll das Arbeitszeitgesetz dahingehend abgeändert werden, dass die Durchrechnung der Arbeitszeit auch durch Einzelvereinbarung erfolgen kann.

(Details: Forderungen von FiW zur Flexibilisierung der Arbeitszeit:

https://www.wko.at/Content.Node/FIW/Interessenvertretung/Flexible_Arbeitszeiten_Frau_in_der_Wirtschaft_legt_Forderu.html)

6. **Verbesserungen beim Krankengeld für Selbstständige**

Krankengeld kann von Selbstständigen momentan erst ab dem 43. Krankenstandstag bezogen werden. Zukünftig soll auf Krankengeld bereits ab dem 30. Krankenstandstag ein Anspruch bestehen.

7. **Büro im Wohnungsverband steuerlich begünstigen**

Da der Arbeitsplatz bzw. das Büro von Unternehmerinnen oft im Wohnbereich liegt und schwer räumlich trennbar ist, soll das Arbeitszimmer im Wohnungsverband pauschal steuerlich begünstigt werden. Eine steuerliche Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für ein Arbeitszimmer soll auch dann erfolgen, wenn der Mittelpunkt der Tätigkeit zwar außerhalb des Arbeitszimmers liegt, aber kein anderer Arbeitsplatz verfügbar ist.

8. **Entrepreneurship in den Bildungseinrichtungen stärker verankern**

Wirtschafts- und Finanzunterricht muss fixer Bestandteil der Allgemeinbildung werden. Unternehmertum sowie grundlegendes Wirtschafts- und Finanzverständnis müssen in die Lehr- und Ausbildungspläne integriert werden. Der „Unternehmerschein“ und „JUNIOR – Schüler gründen Unternehmen“ gelten in diesem Bereich – auch international – als Best-Practice-Projekte und sind nachhaltig in das österreichische Schulsystem zu implementieren.

9. **Pensionsantrittsalter der Frauen an jenes der Männer angleichen**

Das niedrigere Frauenpensionsalter soll rascher als vorgesehen an das der Männer angeglichen werden. Ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter für Frauen fördert weibliche Karrieren und hat positive Auswirkungen auf das Einkommen von Frauen während des Erwerbslebens und in der Pension.

10. **Mehr Frauen in die Kammer!**

Immer mehr Frauen sind Unternehmerinnen – das muss Konsequenzen haben: Frau in der Wirtschaft will den Anteil von Funktionärinnen in den Sparten, Fachgruppen, Innungen und Gremien spürbar erhöhen.